

## **Pressemeldung der Freien Wähler des Main-Kinzig-Kreises**

02.03.2006

### **Freie Wähler: Mehr parlamentarische Kontrolle bei den Unternehmen des Kreises notwendig**

„Der Kreistag muss nach der Kommunalwahl neu darüber nachdenken, ob der im Main-Kinzig-Kreis eingeschlagene Weg, kommunale Aufgaben in eigenständige Gesellschaften zu überführen, der richtige ist.“ So kommentiert der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, Jürgen Heim, den Skandal um die Hanauer Straßenbahn, bei der eine Buchprüfung vergangener Woche erbrachte, dass das Unternehmen voraussichtlich ein Defizit von mehr als 30 Millionen Euro hat, die nun der Steuerzahler wird schultern müssen.

Für die Freien Wähler verdeutlichen die Vorgänge um den Hanauer Busbetrieb die zunehmende Machtlosigkeit der kommunalen Parlamente gegenüber den wirtschaftlichen Unternehmen, die von ihnen selbst in den letzten Jahren ins Leben gerufen wurden. So sinnvoll diese Einrichtungen betriebswirtschaftlich sein könnten, so problematisch seien sie, wenn man die Frage nach der Entscheidungskompetenz und der politischen Verantwortung stelle. Die Abgeordneten seien allein auf Grund der Schwierigkeit, authentische Informationen über die Unternehmensführung zu erlangen, nicht in der Lage zu überprüfen, ob der öffentliche Zweck, der jedem kommunalen Unternehmen zu Grunde liegen müsse, in angemessenem Maße verfolgt und erfüllt werde.

Die Freien Wähler sind allerdings skeptisch, ob der eingeschlagene Weg des Outsourcing kommunaler Aufgaben wieder rückgängig gemacht werden kann. Jürgen Heim: „In Zeiten knapster öffentlichen Kassen wiegen betriebswirtschaftliche Argumente häufig schwerer als der Wunsch nach demokratischer Kontrolle. Umso mehr gilt es, die Unternehmen nicht völlig von den Parlamenten abzukoppeln.“

Einen möglichen Weg hierzu sieht Heim in der Errichtung parlamentarischer Beiräte, die den Aufsichtsräten der kommunalen Unternehmen beratend zur Seite gestellt werden könnten und in denen alle Fraktionen des Kreistages vertreten sein sollten. Dieses Modell werde derzeit bei der kreiseigenen Gesellschaft für Arbeit, Qualifizierung und Ausbildung (AQA) erprobt und es sei vorstellbar, es auf andere Unternehmen zu übertragen. Im AQA-Beirat werden die Fraktionen anhand der Tagesordnung des Aufsichtsrates mit den anstehenden Unternehmensentscheidungen vertraut gemacht und können diese kritisch hinterfragen.

Für die Freien Wähler ist dabei besonders wichtig, dass in den von ihnen vorgeschlagenen Beiräten auch die kleinen Oppositionsparteien am Beratungstisch sitzen können. In Zeiten einer großen Koalition seien auf Grund des Stärkeverhältnisses der Fraktionen im Kreistag die Aufsichtsratsitze bei den Unternehmen des Kreises maßgeblich von Abgeordneten von CDU und SPD besetzt. Jürgen Heim: „Damit haben die Kreisoberen das Heft vollständig in der Hand und entscheiden, wo es lang zu gehen hat. Die Koalitionäre trotteln nur hinterher. Eine Kontrolle durch die Opposition oder die Öffentlichkeit ist nahezu ausgeschlossen. Ohne die Beiräte überschätzen zu wollen, könnte in ihnen ein bisschen Mehr an Demokratie ausgeübt werden.“